



EUROPÄISCHE ABGEORDNETE SIND SICH EINIG: DAS DEN HOLOCAUST LEUGNENDE REGIME DES AYATOLLAHS MUSS VERURTEILT WERDEN

In einer Abstimmung mit 590 zu 67 Stimmen verabschiedete das Europäische Parlament im Oktober 2016 eine Resolution, die den wiederholten Aufruf des iranischen Regimes zur Vernichtung Israels und die Politik des Regimes, den Holocaust zu leugnen, scharf verurteilt.

Die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger, die am 28. und 29. November 2016 an der Jahrestagung Marktchancen Iran in Frankfurt teilnehmen, dürfen die weitreichenden moralischen Implikationen und Geschäftsrisiken, die mit den Verhandlungen mit dem weltführenden staatlichen Sponsor des Terrorismus einhergehen, nicht aus den Augen verlieren. Bis das iranische Regime sein Verhalten nicht geändert hat, sollte Europa den Iran nicht mit Investitionen und stärkeren wirtschaftlichen Beziehungen belohnen.

Europäische Regierungschefs und Unternehmen sollten sich auch den politischen Veränderungen in den Vereinigten Staaten bewusst sein – rechtliche und regulatorische Unsicherheiten spielen dort derzeit eine große Rolle.

RISIKO DES WIDERRUFS DES JCPOA

Der Iran könnte in Zukunft gegen die Vereinbarung verstoßen, oder die neue Trump-Regierung könnte eine andere Iran-Politik verfolgen, was den Zusammenbruch des Atomabkommens und die Rückkehr der Sanktionen ("Snap-Back"-Sanktionen) nach sich ziehen kann.

Der designierte Präsident Donald Trump hat bereits signalisiert, dass er beabsichtigt, den JCPOA neu zu verhandeln und "einen besseren Deal zu erzielen."

RISIKO VON IRGC-TARNFIRMEN

Unternehmen, die im Iran Geschäfte machen, werden wahrscheinlich mit Tarnfirmen der Islamischen Revolutionsgarde (IRGC) in Geschäftsbeziehungen treten.

Corporate-Compliance-Beauftragte und Länderverantwortliche werden nicht zweifelsfrei erkennen können, ob ihre Firma Geschäftsbeziehungen mit einem seriösen iranischen Unternehmen pflegt oder mit einem, das heimlich von der IRGC, einer sanktionierten, terroristischen Organisation, gesteuert wird oder sich sogar in dessen Besitz befindet.

RISIKO VON ENTFÜHRUNGEN UND VERHAFTUNGEN

Ein Unternehmen, das im Iran Geschäfte macht, setzt seine leitenden Angestellten, Mitarbeiter und Auftragnehmer hohen Risiken aus, nämlich denen der Schikane, Verhaftung, Strafverfolgung und Inhaftierung ohne ein ordentliches Gerichtsverfahren, ohne das Recht auf Rechtsbeistand und ohne eine wirksame und unabhängige Justiz, die deren grundlegende Rechte schützt.

Mehr als ein Dutzend Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit – einige von ihnen internationale Geschäftsleute – werden im Iran aufgrund unbegründeter Vorwürfe der Spionage festgehalten.

RISIKO VON "BLUT AN DEN HÄNDEN"/TERRORISMUS

Firmen gehen unweigerlich das hohe Risiko ein, dem iranischen Regime unbeabsichtigt Hilfsmittel für Menschenrechtsverletzungen zur Verfügung zu stellen. Der Iran wird zudem weiterhin vom US-amerikanischen Außenministerium als führender staatlicher Sponsor des Terrorismus eingestuft, der die Hisbollah, die Hamas und den Palästinensischen Islamischen Dschihad unterstützt.

RISIKO VON SANKTIONEN UND GELDWÄSCHE

Unternehmen, die im Iran tätig werden, sind extraterritoriale Sekundärsanktionen der USA ausgesetzt (15 Mrd. USD Geldbußen seit 2009 für die Verletzung von US-Sanktionen gegen den Iran).

Der Iran gilt laut § 311 des USA PATRIOT Act weiterhin als Land mit einem hohen Geldwäscherisiko.

RISIKO VON VERSTÖßEN GEGEN DAS VÖLKERRECHT & INTERNATIONALE ABKOMMEN

Der Iran verstößt nach wie vor gegen internationales Recht und Resolutionen des UN-Sicherheitsrates. Hierunter fällt der Test einer ballistischen Rakete, die auch Israel erreichen kann.

RISIKO VON HACKING & CYBERSICHERHEIT

Unternehmen gehen das Risiko ein, dass vertrauliche Informationen über die Firma und ihre Mitarbeiter, persönliche Daten (Freunde und Familie) und Kundendaten durch iranische Agenten gehackt und gestohlen werden.

RISIKO DES REPUTATIONSVERLUSTS

Ein Unternehmen, das in einem Land nach Geschäftsmöglichkeiten sucht, das berüchtigt ist für seine Terrorunterstützung und die Verletzung elementarster Menschenrechte, einschließlich staatlich unterstützter Morde und Folter der eigenen Bürger, wird unweigerlich seinen Ruf bei Verbrauchern, Handelspartnern und der gesamten Öffentlichkeit verspielen.

VERSICHERUNGSRISIKO

Unternehmen, die sich in den Iran begeben, werden feststellen, dass sich ihre Geschäftstätigkeiten und ihre Vermögenswerte dort entweder nicht versichern lassen, unzureichender Abdeckung unterliegen und/oder aufgrund des instabilen und risikobehafteten politischen, rechtlichen und geschäftlichen Umfelds außergewöhnliche Versicherungsprämien auf sie zukommen werden.

KORRUPTIONS- & LÄNDERRISIKO

Aufgrund der Unterstützung von Terrorgruppen, Menschenrechtsverletzungen und der eklatanten Missachtung des Völkerrechts werden die politischen Risiken, Wechselkursrisiken, Länderrisiken und Transferrisiken im Iran nach wie vor als sehr hoch eingestuft.

Die **RISIKEN**, die sich bei Geschäften mit dem Ayatollah ergeben, sind einfach **ZU HOCH**.

UNITED
AGAINST
NUCLEAR
IRAN
WWW.UANI.COM